

verwickeln ließe. England hat mit den Feniern in Irland und der Behauptung von Canada zu thun und zeigt überdies keine große Sympathie gegen Frankreich. Italien kann es nicht verschmerzen, daß gerade das Stammland ihres Königs, Savoyen, von Napoleon weggenommen wurde; auch ist das italienische Volk nicht gut auf Napoleon zu sprechen. Die einzige Möglichkeit bliebe daher, daß Oesterreich gegen Preußen Front macht und Frankreich hilft; auch das ist unwahrscheinlich. Oesterreich würde sofort wieder in die preußisch-italienische Zwickmühle gerathen und — das soll ohne Hinterlader, die noch nicht alle fertig sind, nicht gerade gesund sein — Frankreich hätte daher an Oesterreich keine wirksame Stütze. In Oesterreichs Interesse liegt es jetzt unbedingt, mit Norddeutschland zu halten. Thut es dies, so würde der für Oesterreich so nöthige Friede erhalten bleiben; während bei einer französisch-österreichischen Allianz der Krieg gegen Preußen sofort entbrennen würde. Alle Nachrichten aus Oesterreich deuten mit Sicherheit darauf hin, daß es sich bestimmt zu Deutschland halten wird und das ist uns Angesichts der preußisch-italienischen Zwickmühle und der Friedensbedürftigkeit das Wahrscheinlichste. Mit Wem also soll sich Frankreich gegen das colossale und imposante Deutschland verbünden? Nur Dänemark bleibt noch, doch das bedarf kaum der Erwähnung. Wenn Frankreich Krieg anfängt, so ist dies ein Zeichen, daß es das letzte verzweifelte Mittel Napoleons ist, seine Dynastie zu erhalten zu suchen. Der Herr allein weiß die Geschehnisse im Voraus. Nach menschlicher Berechnung aber würde dies der Untergang des napoleonischen Sternes sein, der schon jetzt sehr verblichen ist. Es ist daher der Ausbruch eines baldigen Krieges nicht wohl denkbar.

### Nachtrag.

Die Greizer haben am 28. März einen neuen jungen Fürsten und eine Verfassung zugleich erhalten. Große Festlichkeiten sind auf Wunsch des Fürsten unterblieben. Die künftige Landesvertretung wird aus 12 Abgeordneten bestehen, von welchen 3 von dem Landesherrn ernannt werden. Der Fürst verzichtet auf eine Civilliste und bezieht dagegen die Einkünfte des zum Haus- und Familiengut gehörigen Kammervermögens. Die Patrimonial-Gerichte und privilegierten Gerichtsstände werden aufgehoben.

Der Abschluß einer besonderen Militär-Convention zwischen Preußen und Weimar wird jetzt von der „Weim. Ztg.“ halbofficiell bestätigt. Weimar zahlt für erst 162 Thlr. pro Kopf seines Contingents und mit jedem Jahre 9 Thlr. mehr, sodas erst nach 7 Jahren die Vollzahlung von 225 Thlrn. eintritt; auch der Präsenzstand bleibt zunächst der seitherige. Dagegen tritt Weimar fast die gesammte Militär-Verwaltung an Preußen ab. Mit Ausnahme Coburg-Gothas und Waldeck's, die bereits früher ihre Militär-Verwaltung an Preußen übertrugen, sind die übrigen thüringischen Staaten dieser Convention beigetreten.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 2. April bis jetzt bereits den Abschnitt 8 des Verfassungs-Entwurfs (Post- und Telegraphenwesen) erledigt und die Artikel 45 bis 49, welche dieser Abschnitt umfaßt, nach der Regierungsvorlage angenommen. Der

königlich preussische Bundes-Commissar, Minister Graf von Tgenpliz, sprach sich entschieden gegen die von dem Abgeordneten Becker beantragte Aufhebung des Post- und Telegraphen-Monopols aus. Derselbe Minister widerspricht den Aeußerungen des Abgeordneten Schrap's über angeblich vorgekommene Verletzungen des Briefgeheimnisses. Der Reichstag erledigte in seiner weiteren Sitzung auch die Abschnitte 9 (Marine und Schiffahrt) und 10 (Consulatswesen), die nach dem Entwurfe angenommen wurden mit einigen Modificationen, wonach auch die Kriegsflagge schwarz-weiß-roth sein und der Aufwand für die Kriegsflotte und die Marine-Anstalten aus der Bundeskasse bestritten werden soll. Der königlich preussische Bundes-Commissar, Kriegsminister von Roon, vertheidigt einigen Abgeordneten der Hansestädte gegenüber die Nothwendigkeit einer starken Kriegsflotte. Abgeordneter Duncker (Berlin) beklagt, daß für die Flaggen nicht die bisherigen deutschen Farben beibehalten worden seien. — In der Hofloge war auch der Kronprinz von Sachsen anwesend.

Am 3. April begann der Reichstag die General-Debatte über die Bundes-Kriegsverfassung. Dehmichen (Choren) für den Entwurf; gerade vom sächsischen Standpunkte aus billige er die allgemeine Wehrpflicht, wünscht aber eine geringere Präsenzzeit, indem er darauf hinweist, daß die sächsischen Truppen nach nur achtzehnmonatlichem Dienst sich sehr gut geschlagen haben. General v. Moltke dagegen. Ohne dreijährige Präsenzzeit sei eine Sicherheit der productiven Arbeit unmöglich. Hierauf ward die General-Debatte geschlossen.

Aus Berlin, 1. April, wird geschrieben, daß die Interpellation im Reichstage, die Luxemburger Angelegenheit betreffend, nicht ohne Zustimmung des Grafen Bismark gestellt worden und daß demselben eine Rundgebung des Reichstages nicht unangenehm sei, einerseits um den Händlern wegen Luxemburgs noch in letzter Stunde die Bedenken entgegen zu führen, um die es sich der deutschen Nation gegenüber handle, andererseits, um etwaigen äußersten Entschlüssen von vorn herein den Stempel der Sanction des Reichstages und damit des deutschen Volkes aufzudrücken. Die Rede des Grafen Bismark war natürlich diplomatisch reservirt, doch ließ sie immerhin durchblicken, daß den französischen Ansprüchen ein kategorisches Nein entgegengesetzt werden dürfte. Unter diesen Umständen wird der Reichstag auf das Schnelligste zu Ende geführt werden. Man hört in Abgeordnetenkreisen, daß man Alles aufbieten werde, um in vierzehn Tagen fertig zu sein.

Die preussische ministerielle „N. Allg. Z.“ bringt in ihrer neuesten Nummer einen beruhigenden Artikel, welcher die aufgetauchte Kriegsbesürchtung wegen Luxemburg zu zerstreuen sucht. Am Schluß dieses Artikels heißt es: „Nur die Feinde der Ordnung und Diejenigen, welche ein Interesse daran haben, das Bestehende in Frage zu stellen, und Frankreich einer ungewissen Zukunft entgegenzuführen, können auf einen Krieg zwischen den beiden großen Nationen hinarbeiten.“

Am ersten Tage der jetzt in Apenrade (Schleswig) stattfindenden Control-Versammlungen verweigerte der größte Theil der Mannschaften den